Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit fasse. So lange jede Eröffnung von dem anderen als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unterstellung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, so lange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.

Als Staatssekretär Rüdlmann verabredungsgemäß diese Rede gehalten hat und fortfahren wollte, diese Fäden aufzunehmen, ist es Graf Westarp gewesen, der dafür gesorgt hat, daß Rüdlmann von der Bildfläche abtreten mußte. Es war die letzte Gelegenheit, noch zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Ich versage es mir, Ihnen vorzulesen, was Westarp gesagt hat, nur einen Satz, er sagt:

„Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär hat zum Ausdruck bringen wollen, nur Verhandlungen, nicht militärische Entscheidungen allein würden uns zum Siege führen.

Er hat also die Worte vollständig umgedreht, die Betonung auf das „nur" gelegt und damit dem Staatssekretär Rüdlmann ein Bein gestellt. Ich sage das deshalb, weil in deutschnationalen Versammlungen und von den Deutschnationalen in der Oeffentlichkeit gerade der Zentrumspartei bis auf den heutigen Tag immer der Vorwurf gemacht wird, die Zentrumspartei habe nicht ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan.

In diesem Zusammenhange muß ich leider feststellen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Wagner in der Sitzung vom 8. November erklärt hat:

Im übrigen muß ich sagen, wenn es damals zu Gewaltanwendungen nicht gekommen ist, — damals bei der Revolution —, darauf braucht man nicht stolz zu sein, denn die damalige schwachmütige, ich will nicht sagen verräterische, aber sehr schwachmütige Regierung stand im Bunde mit den Machern und Drahtziehern der Revolution.

Der Regierung des Prinzen Max von Baden — ich will von Erzberger, dem vielgeschmähten, absehen — haben vom Zentrum außer Erzberger noch

die Staatssekretäre Gröber und Trimborn

angehört, Männer, mit denen zum Teil Abgeordneter Dr. Wagner aus seiner Reichstagstätigkeit bekannt ist. Männer, die über jeden Zweifel an ihrer Vaterlandsliebe erhaben sind. Ich bin es dem Andenken dieser Männer schuldig, hier zurückzuweisen, daß sie einer Regierung angehört hätten, die im Bunde mit den Machern und Drahtziehern der Revolution gestanden habe. Ich bin es dem Andenken der Zentrumsführer Trimborn und Gröber, die dieser Regierung angehört haben, die in den schwersten Stunden sich geopfert haben, schuldig, diesen Vorwurf zurückzuweisen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Foerle hingewiesen auf die sittliche Führung, in der Bayern vorangehen sollte. Es hat mich das besonders interessiert, da ich ja Bayer bin und die bayerischen Verhältnisse ganz genau kenne. (Zuruf bei den Demokraten.) Jetzt bin ich Sachse, selbstverständlich. Die bayerischen Verhältnisse sind daraus zu erklären, daß es natürlich sehr begreiflich ist, daß Gefahr vorhanden ist, wenn irgendwo extreme Erscheinungen auftreten, so außerordentlich extreme Erscheinungen, wie sie in der Zeit der Räterepublik in München aufgetreten sind, daß nach einer solchen Periode sich auch auf der anderen Seite Extreme zeigen. Daß das Regime des Herrn Polizeidirektor von Plöhner nicht mehr im Einklang zu bringen war mit den Auffassungen, die auch meine Partei von Demokratie hat, das liegt auf der Hand, und es ist bezeichnend, daß jetzt in dem Augenblicke, wo auch die Bayerische Volkspartei, die immerhin natürlich zum großen Teil das frühere bayerische Zentrum verkörpert, sich genötigt gesehen hat, Herrn von Kahr fallen zu lassen, sofort ein wüster Kampf gegen die Bayerische Volkspartei von seiten der Deutschnationalen Partei, die in Bayern sich Mittelpartei genannt hat und zum Teil noch nennt, eingesetzt hat. Wenn ich Ihnen vorlesen würde aus einem Buche, das ein Deutschnationaler, der Freiherr von Liebig, ein Alldeutscher, geschrieben hat über den Weg zur politischen Macht, das in diesen Wochen herausgekommen ist — das strotzt von Angriffen, so daß man sich wirklich wundern muß, daß vorhin der Abgeordnete Rendtorff mir den Vorwurf gemacht hat, ich hätte etwas gegen den konfessionellen Frieden getan oder gesagt.

Daß auch in Bayern die Erkenntnis wächst, daß nur eine gesunde Politik der Mitte uns zum Ziel führen kann, davon geben auch bayerische Auslassungen mehr denn je Beweise. Ich möchte Ihnen nur aus dem „Bayerischen Kurier", der eine Zeitlang in starkem Maße von der Deutschnationalen Partei angezogen werden ist, eine Stelle vorlesen, die Anfang November dort erschienen ist. Der „Bayerische Kurier", den Sie so oft für sich in Anspruch genommen haben, hat zum Jahrestage der Revolution geschrieben:

„Wo sind am Revolutionstage die Stützen der Regierung gewesen? Tausende von Pensionsmilitärs waren an diesem Tage in München, sie sahen nicht, was vorging, und wollten es nicht sehen. Es schien fast, als käme allen das Unrecht zum Bewußtsein, mit sich die Obrigkeit an der Arbeiterschaft versündigte. War nicht die Arbeiterschaft vom Monarchen durch den Ring der Hofschranzen, der ihr umgab, hermetisch abgeschlossen? Waren nicht gewisse Drohnen im Staate eifrig bemüht, den Monarchen im Lande wie im Reiche im unklaren zu halten über die wahre Volksstimmung? Die den Monarchen umgebenden Schmarotzer, die sonst untertänigst zu seinen Füßen lagen, haben sich am Revolutionstage verkrochen. Heute tauchen sie und ihr Anhang wieder auf in bayernionaler Auffassung, weil andere an ihrem Posten stehen. Sie würden am liebsten wieder eine „Umwälzung" nach ihrem Geschmacke sehen. Dazu ist jetzt der Zeitpunkt nicht!"

Es wird noch ausgeführt, daß die Demokratie und Republik unter der Last der Feindeshandlungen sich nicht erholen könnten. Damit werden also die Deutschnationalen auf die Dauer in Bayern — das kann ich Ihnen versichern — Geschäfte nicht machen.

Nun möchte ich Ihnen noch einen Beweis geben. Es wird so gern von deutschnationaler Seite behauptet, daß die Angriffe keine offiziellen Mitteilungen, keine offiziellen Preßmeldungen sind. Ich brauche bloß das offizielle deutschnationale Nachrichtenblatt, das vom Landesverband Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei herausgegeben wird, den „Sächsischen Volksboten", die neueste Nummer vom 15. November 1921 zur Hand zu nehmen; dort heißt es über die oberschlesische Frage:

„Vater der neuen Regierung der Erfüllung ist der Reichspräsident Ebert. Er hat im Verein mit seinen sozialistischen Parteifreunden die Annahme der oberschlesischen Entscheidung des Feindbundes gefordert und damit noch in den Stunden des Schwankens das Rein-Kabinett verhindert. Er hat sogar zur Unterstützung seiner Wünsche mit der Niederlegung seines Amtes gedroht. Das hat der neue Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages in öffentlicher Versammlung erklärt, und niemand hat bis jetzt widersprochen."

Dieser Satz ist Wort für Wort unrichtig. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages Herr Senatspräsident Marx hat in einer offiziellen Erklärung, die nicht nur die Zentrumspresse veröffentlicht hat, sondern die auch in einem großen Teile der anderen Presse veröffentlicht worden ist, ausdrücklich erklärt, daß er so etwas gar nicht gesagt habe und daß er so etwas gar nicht gesagt haben kann, da es dem Herrn Reichspräsidenten Ebert gar nicht eingefallen ist, einen derartigen Druck auf die Parteien auszuüben. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das sind alles Dinge, die doch einmal erklärt werden müssen. Wir sehen hier im Haushaltplan das außerordentliche Elend unserer Finanzen. Die sächsische Staatsregierung — das habe ich bereits heute vor acht Tagen zum Ausdruck gebracht — genießt mein Vertrauen nicht. Der Herr Kultusminister sagt, er verzichte gern auf mein Vertrauen. Alles schön und gut, sie mögen verzichten, aber das muß ich auch nach rechts sagen, wir müssen den Staat, wir müssen das Reich über diese schwere Zeit hinaus zu erhalten versuchen. Was soll man aber dazu sagen, wenn es in einem deutschnationalen führenden Organ, dem Berliner „Tag", am 8. November hieß:

„Das ganze deutsche Volk will das Schicksal seiner in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Grenzmarken, seines besetzten Ruhrgebietes, Oberschlesiens, Elsaß' usw. teilen. Auch wir im Zentrum Deutschlands wollen es auf Kosten unserer Brüder an den Grenzen nicht mehr besser haben."

Das ist doch fast eine direkte Aufforderung an den Feind, hereinzukommen. (Sehr richtig! bei den Dem.) Gewiß, wir müssen das Schicksal unserer Brüder im Rheinlande, im Westen und im Osten teilen, aber wir müssen helfen, daß von dem Schrecken der Besetzung nicht noch weitere Teile des Deutschen Reiches erfaßt werden. (Sehr richtig! bei den Dem.) Ich habe heute vor acht Tagen in Berlin der Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei beigewohnt, wo ein Vertreter des Rheinlandes gesprochen hat über die Schmerzen und Nöte, denen sie im Rheinlande ausgesetzt sind. Wie kann man da noch sagen: wir wollen das teilen in dem Sinne, daß die Feinde hereinkommen? Wir wollen nichts erfüllen, der Feind soll hereinkommen? Nein, m. D. u. H., wir wissen, daß wir über eine gewisse Grenze nicht hinaus können. Das zeigt uns schon der Haushaltplan des Staates. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das zeigen uns die Verhältnisse in unserem Sachsenlande, das zeigt uns die Tatsache, daß uns ganze Stücke abgerissen worden sind. Aber zu sagen: nicht erfüllen, lieber soll der Feind hereinkommen, nein, ich stehe auf dem Standpunkte, daß das, was getan werden kann zur Erfüllung, getan werden muß, um dem übrigen Deutschen Reiche das Schlimmste der Besetzung und die Greuel der Besetzung noch zu ersparen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das muß zum Ausdruck gebracht werden.

Es ist heute von dem Herrn Dr. Rendtorff hier auch von der Politik gesprochen worden. Wir befinden uns der

Deutschnationalen Volkspartei

gegenüber in diesen politischen Fragen in der Abwehr, und ich betone noch einmal, daß gerade von seiten der Zentrumspartei immer wieder hingewiesen worden ist auf die Notwendigkeit des konfessionellen Friedens. Die Entwicklung, wie sie in weiten Kreisen Deutschlands zum Ausdruck gekommen ist, daß auch gläubige evangelische Anhänger der Zentrumspartei angehören, werden Sie nicht aufhalten. Ich will auf diese Dinge aber hier nicht näher eingehen. Sie haben einen Katholikenausschuß in der Deutschnationalen Volkspartei gegründet. Daraufhin haben sofort Ihre Anhänger verlangt, daß ein Evangelischer Ausschuß gegründet werden muß. Wir in der Zentrumspartei haben das nicht notwendig. Wir gründen keine besonderen Ausschüsse. Aber gegenüber dem, was der Herr Abg. Dr. Rendtorff gesagt hat, muß ich doch das anführen, was ich jetzt vor wenigen Tagen in einer Deutsch nationalen Versammlung in Bremen ereignet hat, was nicht etwa bloß auf eine vage Blättermeldung zurückzuführen ist, sondern dieser Bericht wird in den „Bremer Nachrichten" veröffentlicht, und zwar ist er dem Blatte zugegangen von dem offiziellen Büro der Deutschnationalen Volkspartei in Bremen. Dort hat der Redner in der Versammlung gesagt:

„Das Zentrum ist von allen unseren Gegnern am gefährlichsten. Die Mitglieder aller anderen Parteien sind mehr oder weniger restlos zurückzugewinnen für die nationale Sache. Ein großer Teil der Anhänger des Zentrums sind, und wie wir fürchten, bleiben die Schrittmacher Roms. Der römische Katholizismus ist heute gefährlicher und mächtiger als je. Herr Wirth verkörpert das heutige Zentrum, wie es wirklich ist; das heutige Zentrum, das sich möglichst auf keinen Standpunkt festlegt, um alle täuschen zu können. Das heutige Zentrum ist es im letzten Grunde, das unsere Geschicke leitet, seitdem es ihm in der Revolution gelungen ist, das protestantische Kaisertum zu zerschlagen. Dieses Zentrum wäre nur zu gewinnen, wenn wir unsere Seele an Rom verkaufen würden. Das tun wir nicht. Wir hoffen auf den deutschen Mann, der diese Gefahr endgültig bannen wird."

Das ist aus einer deutschnationalen Versammlung als Bericht von einem offiziellen Büro der Deutschnationalen Volkspartei weitergegeben worden. Und ferner ist mir — ich gebe die Mitteilung mit Vorbehalt wieder — heute berichtet worden, daß Ihr Herr Börner, der leider nicht da ist, sonst würde er es mir wohl bestätigen können, am Montag in einer Versammlung in Wurzen den Reichskanzler Dr. Wirth, der der Zentrumspartei angehört, als einen Sozialisten bezeichnet haben soll. Wenn so etwas geschieht, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir, die kleine Zentrumspartei in Sachsen, gegenüber derartigen Angriffen entschieden vorgehen. Ich möchte demgegenüber nur auf die Worte hinweisen, die ein Mann, der auch eine Zeitlang (Zuruf: Jetzt kommt Börner selber! Lupus in fabula! — Heiterkeit.) von der Deutschnationalen Volkspartei für ihre Zwecke ausgenutzt worden ist, ausgesprochen hat. Der Admiral Scheer hat neulich in der „Vossischen Zeitung" die Jugend Deutschlands davor gewarnt, ihre Hoffnung auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen. Denn sonst, so sagt Admiral Scheer, treiben wir mit Sicherheit in den Abgrund, aus dem sich das Deutschtum und die Nation nicht mehr herausarbeiten kann. Und der Admiral Scheer, ein Mann, dem Sie sicher nicht die Vaterlandsliebe absprechen können, ein Mann, der die Schlacht am Skagerrak geschlagen hat, hat diesen „Artikel in der „Vossischen Zeitung" mit folgenden Worten geschlossen:

„Deshalb ist es ganz gleichgültig, wie wir zu der Form der Verfassung in Deutschland stehen, mit ihr muß jetzt gearbeitet werden, und sie muß unparteiisch vom ganzen Volke verteidigt werden."

Das ist der Standpunkt eines Mannes, der selbst vor dem Feinde gestanden hat, der aber die Notwendigkeit unserer heutigen inneren Politik anerkennt.

Es ist dann in der Rede des mehrheitssozialistischen Vertreters über

die Auseinandersetzung zwischen dem Staate und dem Königshause

gesprochen worden. Ich möchte demgegenüber der Hoffnung Ausdruck geben (Zuruf bei den Kommunisten: Daß er nichts kriegt!) Das ist Ihr Standpunkt. Ich gebe jetzt meinen Standpunkt kund — ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Auseinandersetzung nach den Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit erfolgt. (Zuruf bei den Soz.: Soll es!) Ich werde Sie beim Worte nehmen, Herr Kollege. (Zuruf bei den Soz.: Selbstverständlich!) Die Verhältnisse sind auch gestreift worden, soweit sie die

kirchliche Lage

betreffen, und der Herr Abg. Castan hat von der eisernen Notwendigkeit gesprochen, der Sie sich nicht entziehen können. Ich hätte es für besser befunden, wenn Sie auch bis zur Auseinandersetzung von Kirche und Staat nicht auf dem Wege des Darlehns diese Sache erledigt hätten. Das ist unwürdig in jeder Hinsicht, das ist unwürdig, mögen Sie nun auf dem Dissidentenboden oder sonst wie stehen — unwürdig angesichts der Tatsache, die niemand abstreiten kann, was die christliche Kultur, die christliche Kirche auch auf öffentlichem Gebiete, auf sozialem Gebiete und sonst geleistet hat. Die Kulturaufgaben können heute nicht zur vollen Auswirkung durch die beschränkten Mittel des Staatshaushaltes. Ich möchte aber doch sagen, daß man an die Pflege unserer Staatstheater keinen zu engen Maßstab anlegen möge. In einer Zeit, wo die Schundliteratur und wo auch die Kunstbestrebungen, die eigentlich keine mehr sind, auf dem Gebiete der Kinos und der Tingeltangel so um sich greifen, wie es heute der Fall ist, hat der Staat meines Erachtens die Pflicht, die Theater zu schützen und eine wirklich gute Theaterkultur zu pflegen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß der Staat gegenüber Verbänden, die sich die Aufgabe gestellt haben, die Bühnenkunst zu pflegen und den minderbemittelten Kreisen es zu erleichtern, an Theatervorstellungen teilzunehmen, rein paritätisch vorgehen muß, daß er nicht eine Organisation, mag sie „Volksbühne" heißen zugunsten einer anderen Organisation, mag sie „Bühnenvolksbund" heißen — hinter beiden stehen weite Volkskreise — irgendwie bevorzugt.

Es ist ja heute schon in ausgiebigem Maße von dem Uebergangsschulgesetz gesprochen worden, und es ist betont, daß eine Reihe von Paragraphen und Artikeln des Uebergangsschulgesetzes vorläufig durch reichsgerichtliche Entscheidung außer Kraft gesetzt worden sind. Aber in Paragraph 2 wird der Artikel 5 nicht außer Kraft gesetzt und braucht auch nicht außer Kraft gesetzt zu werden, nämlich daß

in den rein wendischen und gemischtsprachigen Schulen

dafür Sorge zu tragen ist, daß die Schüler die deutsche Sprache mündlich und schriftlich richtig gebrauchen lernen, und daß den Kindern des wendischen Volksstammes innerhalb des planmäßigen Unterrichtes das wendische Lesen zu lehren und zur Uebung im schriftlichen Gebrauche der wendischen Sprache sowie zur Aneignung wendischer Kinder- und Volkslieder Gelegenheit zu geben ist. Ich habe vor Jahresfrist bei der politischen Aussprache am 16. Dezember darauf hingewiesen, daß die Durchführung dieser Bestimmung außerordentlich viel zu wünschen übrig ließe. Und ich muß das heute wiederholen. Es liegen mir Dokumente vor, in denen darüber geklagt wird, daß es selbst sächsischen Lehrern, die heute auswärts beschäftigt waren, obwohl ein Mangel an Lehrern besteht, nicht möglich ist, unterzukommen, daß sie einfach vom Kultusministerium zurückgewiesen wurden ohne Angabe der Gründe. Diese Frage ist nicht mit einem Beitrage von 10 000 Mark für ein wendisches Lesebuch gelöst. Auf diesem Gebiete habe ich den lebhaftesten Eindruck, daß gerade hier die Geheimratspolitik im Kultusministerium außerordentlich mächtig ist.

Der Herr Abg. Müller von der Unabhängigen Partei hat in seiner Etatrede von der reaktionären Reichsregierung gesprochen. (Zuruf bei den Unabhängigen: Sehr richtig!) Sie rufen „Sehr richtig!" — Ich meine, daß eine Regierung, in der die Mehrheitssozialdemokratische Partei Einfluß hat, daß eine Regierung, in der nach Ansicht des Herrn Abg. Börner sogar der Reichskanzler Dr. Wirth ein Sozialist sein soll, daß das keine reaktionäre Regierung ist. Das ist mir unbegreiflich. (Zuruf bei den Unabhängigen: Sie brauchen ja nur Ihre Taten zu betrachten!) Selbstverständlich muß diese Regierung sich auf eine mittlere Linie einigen. Das ist das, was wir wünschen. Wir sind der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk und das sächsische Volk aus dieser schweren Not nur wieder vorwärts kommen wird auf Grund einer

Politik der Versöhnung

auf Grund einer Politik der Versöhnung, die für den christlichen Solidarismus eintritt. Die Leitgedanken der Zentrumspartei auf diesem Gebiete, für die wir uns einsetzen, sind: Erneuerung im Sinne einer christlichen Staatsauffassung, Volksstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Einzelländer und Stämme, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christliche Volksliteratur und christliche Völkergemeinschaft.

Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrenten

auf Grund des Versicherungsgesetzes für Angestellte seien darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen vom 1. Oktober d. J. an eine Beihilfe aus dieser Versicherung zusteht, und zwar auch dann, wenn sie Renten usw. aus der allgemeinen Invalidenversicherung beziehen. Bis dahin konnte eine Beihilfe aus der Angestelltenversicherung nicht beansprucht werden, wenn eine solche bereits von der Invalidenversicherung bezogen wurde. Da die Beihilfen aus der Invalidenversicherung nun weggefallen sind und statt dessen erhöhte Renten gezahlt werden, so wird jetzt auch in jedem Falle die Beihilfe aus der Angestelltenversicherung gezahlt. — Die der Angestelltenversicherung freiwillig angehörenden Mitglieder dürfen nicht übersehen, daß am 31. Dezember dieses Jahres die Frist zur Nachzahlung freiwilliger Beiträge für die Jahre 1914 bis 1920 abläuft. Versicherte, die ihre Anwartschaft in diesen Jahren nicht aufrecht erhalten haben, müssen also, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, die fehlenden freiwilligen Beiträge bis zum Schlusse dieses Jahres einzahlen. Dazu sind die bei der Post erhältlichen roten Zahlkarten zu benutzen. Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in jedem Jahre mindestens acht Kalendermonate mit Pflicht- oder Freiwilligenbeiträgen oder mit sogenannten Ersatztatsachen (zum Beispiel Krankheit, Militärdienst) belegt sein. Ferner können Angestellte bis zum 31. Dezember 1921 Pflichtbeiträge, deren Entrichtung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde unterblieben, aber zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig ist, sämtlich oder teilweise nachentrichten oder die Stundung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beantragen. Wenn Zweifel über das Versicherungsverhältnis bestehen, so wende man sich wegen Auskunft entweder an die Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung oder an das zuständige Versicherungsamt bzw. an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf. T.

Aus der katholischen Welt

Der Hl. Vater und die Washingtoner Konferenz. In dem katholischen Blatte „Italia" verbreitet sich Msgr. Pucci über die Ansichten des Heiligen Stuhles zum Friedensprogramm in Washington. Der Prälat erinnert an die vom Papste in der Note vom August 1917 gemachten Vorschläge für Abrüstung und Verständigung der Völker, und erklärt, daß der Heilige Vater heute noch dieselben Anschauungen habe, wie damals und daß er auch heute noch alle diesbezüglichen Schritte auf das wärmste unterstütze. An den Präsidenten Harding sandte der Papst ein Telegramm, in welchem er den Wunsch ausdrückt, Gott der Allmächtige möge der vom Präsidenten Harding ergriffenen glücklichen Initiative im Dienste der Menschheitsberuhigung einen glücklichen Ausgang gewähren.

Der 26. Internationale Eucharistische Kongreß — der erste nach dem Weltkrieg — wird am 25. Mai 1922 in Rom seinen Anfang nehmen. Der Kongreß wird mit einer feierlichen Messe, die der Heilige Vater selbst im Petersdome feiern wird, eingeleitet werden. Anschließend daran findet großer Empfang der erschienenen Festteilnehmer statt.

Ein bemerkenswertes Geständnis machte der französische Sozialistenführer Gustave Herve in der „Victoire". Er sagt dort: Jahrhundertelang, solange wir unter der strengen Zucht der Monarchie und der noch strengeren Ante der katholischen Kirche standen, die unseren Individualismus zähmten, waren wir das erste Volk Europas. — Einen Kommentar zu diesem Geständnis Herves braucht es nicht. Er würde die Wirkung nur abschwächen.

Gegen tendenziösen Geschichtsunterricht hat der katholische Bischof von Schweden in einem Schreiben an den Erziehungsrat des Landes Protest erhoben. Der Bischof verlangt, daß in den Lehrbüchern alle die katholische Kirche betreffenden unwahren Darstellungen ausgemerzt werden.

Zwischen Kirche und Tschecho-Slowakei waren seit längerem Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Uebereinkommens im Gange. Die Gesetzesvorlage wird erst im kommenden Frühjahr im tschechischen Parlament zur Verhandlung kommen.